



Klienten-Information

Steuertermine 2018

Jänner

Fälligkeiten

15.1.

- USt für November 2017
- Lohnabgaben (L, DB, DZ, GKK, Stadtkasse/Gemeinde) für Dezember 2017

Fristen und Sonstiges

Ab 1.1.

- Monatliche Abgabe der Zusammenfassenden Meldung, ausgenommen bei vierteljährlicher Meldepflicht

Bis 15.1.

- Entrichtung der Dienstgeberabgabe 2017 für geringfügig Beschäftigte
- Beschäftigungsbonus (gilt für alle Monate): Der Antrag beim aws auf den Beschäftigungsbonus muss binnen 30 Tagen nach Anmeldung des Beschäftigungsverhältnisses bei der Gebietskrankenkasse gestellt werden.

Februar

Fälligkeiten

15.2.

- USt für Dezember 2017 bzw. 4.Quartal
- Lohnabgaben für Jänner
- ESt-Vorauszahlung 1. Viertel
- KöSt-Vorauszahlung 1. Viertel

28.2.

- Pflichtversicherung SVA

Fristen und Sonstiges

1.2.

- Meldepflicht für bestimmte Honorarzahungen 2017 (E18) in Papierform

Bis 15.2.

- Nachverrechnung und Abfuhr der Lohnsteuer im Rahmen des 13. Lohnabrechnungslaufs zwecks steuerlicher Zurechnung zum Jahr 2017

28.2.

- Jahreslohnzettelübermittlung per ELDA und Beitragsgrundlagennachweis an die Gebietskrankenkasse – bei unterjährigem Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis aber schon früher
- Meldung der Aufzeichnung betreffend Schwerarbeitszeiten
- Meldepflicht von Zahlungen gem. § 109a und b EStG aus dem Vorjahr (elektronische Datenübermittlung an das Finanzamt)

März

Fälligkeiten

15.3.

- USt für Jänner
- Lohnabgaben für Februar

April

Fälligkeiten

16.4.

- USt für Februar
- Lohnabgaben für März

Fristen und Sonstiges

3.4.

- Kommunalsteuer- und Dienstgeberabgabeerklärung 2017 bei Stadtkasse/Gemeinde

30.4.

- Abgabe der Steuererklärungen 2017 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) in Papierform und Feststellung der Einkünfte gemäß § 188 BAO

Mai

Fälligkeiten

15.5.

- USt für März bzw. 1.Quartal
- Lohnabgaben für April
- ESt-Vorauszahlung 2. Viertel
- KöSt-Vorauszahlung 2. Viertel

31.5.

- Pflichtversicherung SVA

Juni

Fälligkeiten

15.6.

- USt für April
- Lohnabgaben für Mai

Juli

Fälligkeiten

16.7.

- USt für Mai
- Lohnabgaben für Juni

Fristen und Sonstiges

2.7.

- Einreichungspflicht der Steuererklärungen 2017 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) über FinanzOnline

bis 2.7.

- Fallfrist für Antrag auf Rückholung ausländischer MwSt 2017 aus Nicht-EU-Ländern

August

Fälligkeiten

16.8.

- USt für Juni bzw. 2.Quartal
- Lohnabgaben für Juli
- ESt-Vorauszahlung 3. Viertel
- KöSt-Vorauszahlung 3. Viertel

31.8.

- Pflichtversicherung SVA

September

Fälligkeiten

17.9.

- USt für Juli
- Lohnabgaben für August

Fristen und Sonstiges

Bis 30.9.

- Verpflichtung zur Einreichung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 für (verdeckte) Kapitalgesellschaften

Oktober

Fälligkeiten

15.10.

- USt für August
- Lohnabgaben für September

Fristen und Sonstiges

Ab 1.10.

- Beginn der Anspruchsverzinsung für Nachzahlung ESt/KSt 2017

Bis 1.10.

- Erklärung Arbeitnehmerpflichtveranlagung 2017 L 1 in Papierform oder FinanzOnline bei zumindest zeitweise gleichzeitigem Erhalt von zwei oder mehreren lohnsteuerpflichtigen Bezügen, sonst ist der Termin der 2.7. (via FinanzOnline)
- Fallfrist für Antrag auf Erstattung ausländischer MwSt (EU) für das Steuerjahr 2017
- Herabsetzungsanträge für die Vorauszahlungen 2018 für Einkommen- und Körperschaftsteuer

Bis 31.10.

- Antrag auf Ausstellung eines Freibetragsbescheides

November

Fälligkeiten

15.11.

- USt für September bzw. 3.Quartal
- Lohnabgaben für Oktober
- ESt-Vorauszahlung 4. Viertel
- KöSt-Vorauszahlung 4. Viertel

30.11.

- Pflichtversicherung SVA

Dezember

Fälligkeiten

17.12.

- USt für Oktober
- Lohnabgaben für November

Fristen und Sonstiges

Bis 31.12.

- Schriftliche Meldung an GKK für Wechsel der Zahlungsweise (zwischen monatlich und jährlich) der MVK- Beiträge für geringfügig Beschäftigte
- Die Frist für die Arbeitnehmersveranlagung 2013 bzw. für den Antrag auf die Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer läuft ab

31.12.

- Mitteilungspflicht für Country-by-Country Reporting (Formular oder FinanzOnline) bei Regelwirtschaftsjahr der obersten Muttergesellschaft

Erwartete steuerliche Änderungen durch das neue Regierungsprogramm

Das neue Regierungsprogramm für den Zeitraum **2017 bis 2022** ist rund 180 Seiten stark und umfasst sehr allgemein gehaltene Themenbereiche wie z.B. "Staat und Europa", "Zukunft und Gesellschaft" oder auch "Standort und Nachhaltigkeit". Geplante **steuerliche Änderungen** sind dabei über das gesamte Programm **verstreut**. Nachfolgend sind wesentliche Punkte dargestellt, wobei es sich erwartungsgemäß derzeit mehr um **Zielsetzungen** als um konkrete Maßnahmen handelt. Auffallend dabei ist, dass offenbar so manche **Gesetzesänderung** aus der jüngeren Vergangenheit wieder **rückgängig** gemacht werden soll.

Steuerliche Anreize im Zusammenhang mit Immobilien

Hier sind diverse Maßnahmen geplant, welche etwa die **Verkürzung des Verteilungszeitraums auf 10 Jahre** (aktuell 15 Jahre) für **Instandsetzungsarbeiten** sowie beim begünstigten Herstelleraufwand vorsehen. Das Regierungsprogramm beinhaltet die **generelle Verkürzung von Abschreibungsdauern** für nichtbegünstigte Herstellungsaufwendungen, wobei zwischen **Sanierung** und **Neubau** unterschieden werden soll. Wohl in Anlehnung an den "Handwerkerbonus" sollen **Wohnbauerrichtungs- und Wohnraumsanierungskosten** zukünftig mit einem **Investitionsfreibetrag** gefördert werden. Um sogenannte **"Mietkauf-Modelle"** attraktiver zu gestalten, ist schließlich angedacht, den **Vorsteuerberichtigungszeitraum** von 20 auf 10 Jahre zu **verkürzen**.

"Familienbonus Plus"

Bei der steuerlichen Unterstützung für Kinder soll es zu Änderungen bzw. Vereinfachungen kommen. Der sogenannte **"Familienbonus Plus"** ist als **Abzugsbetrag** i.H.v. **1.500 € pro Kind und Jahr** ausgestaltet, welcher bis zum 18. Lebensjahr gewährt werden soll, sofern ein Anspruch auf Familienbeihilfe besteht und das Kind **in Österreich** lebt. Der Familienbonus-Plus ist jedoch nicht negativsteuerfähig. Als Kompensation soll der **Kinderfreibetrag** wie auch die steuerliche Absetzbarkeit von **Kinderbetreuungskosten** zukünftig **wegfallen**.

Vereinfachung der Steuergesetze – EStG 2020

Mit dem Ziel, das österreichische Einkommensteuergesetz zu vereinfachen, sind diverse Änderungen geplant, welche in dem neuen **EStG 2020** münden sollen (derzeit gilt das EStG 1988, wenngleich vielfach novelliert). So steht die Einführung einer **"Einheitsbilanz"** im Raum, durch welche die Unterscheidung zwischen § 4 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 Bilanzierern wegfallen soll (nur ein steuerlicher Betriebsvermögensvergleich!). Geplant sind die **Reduktion** der Anzahl der **Einkunftsarten** und eine **Vereinfachung der Gewinnermittlung für Personengesellschaften**. Überdies soll die **Besteuerung rechtsformneutral** werden. Die neue Regierung plant außerdem eine **Tarifreform** und eine Vereinfachung bei den sonstigen Bezügen durch eine einheitliche Pauschalsteuer. An der begünstigten Besteuerung des 13. und 14. Bezuges (**"Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld"**) wird sich freilich **nichts ändern**. Schließlich ist noch die **Abschaffung der kalten Progression** ein erklärtes Ziel, welches durch die automatische Anpassung der Grenzbeträge für die einzelnen Progressionsstufen auf Basis der Vorjahresinflation erreicht werden soll.

Änderungen im Unternehmenssteuerrecht

Neben dem sehr allgemein formulierten Ziel der **Senkung der Körperschaftsteuer** auf ein attraktives Niveau, das zu nachhaltigen Investitionen in Österreich beiträgt, steht in diesem Bereich auch das

Rückgängigmachen jüngster **Gesetzesänderungen** im Vordergrund. Dies reicht von der Senkung des Umsatzsteuersatzes für Übernachtungen auf 10% (von 13%) bis zu einem Zurück an den Start bei der **Einlagenrückzahlung** i.S.d. § 4 Abs. 12 EStG - hier soll wieder der Zustand vor der Steuerreform 2015/16 hergestellt werden. Darüber hinaus soll es z.B. bei der **Grunderwerbsteuer** zu einer **Erhöhung des Freibetrags** bei **Unternehmensübergaben** innerhalb der Familie kommen (derzeit beträgt der Betriebsfreibetrag 900.000 €). Im **internationalen Steuerrecht** soll es schließlich zu Änderungen bei der "**digitalen Betriebsstätte**" kommen, wofür allerdings Verhandlungen auf bilateraler Ebene (Doppelbesteuerungsabkommen) oder auf EU-Ebene notwendig sein werden. Kernintention bei der digitalen Betriebsstätte ist das **Besteuerungsrecht** an Gewinnen digitaler Geschäftsmodelle **aufgrund** von **signifikanter digitaler Präsenz** - selbst wenn es an der physischen Präsenz des Unternehmens (in Österreich) mangelt.

Administrative Änderungen - insbesondere bei der Lohnverrechnung

Durch Zusammenlegen und **Harmonisierungen** erwartet sich die neue Regierung Vereinfachungen und **Kosteneinsparungen**. Vorgesehen sind etwa die **Harmonisierung der Beitragsgrundlagen** und die Schaffung einer einheitlichen Dienstgeberabgabe (beinhaltet dann DB, DZ, Dienstgeberanteil zur Sozialversicherung sowie Kommunalsteuer). Anstelle der bisherigen Praxis, mehrere Abgabenänderungsgesetze pro Jahr (Stichwort Frühjahrs- und Herbstlegistik) zu beschließen, ist zukünftig, vergleichbar wie in Deutschland, ein **Jahressteuergesetz** vorgesehen.

Betriebsprüfung auf Antrag und Ausweitung des „Advance Ruling“

Im Sinne **höherer Rechtssicherheit** sollen Betriebsprüfungen von den Unternehmen selbst beantragt werden können. Der **Auskunftsbescheid** gem. § 118 BAO ("Advance Ruling") sorgt ja schon seit seiner Einführung für mehr Rechtssicherheit, da die steuerlichen Folgen für noch nicht verwirklichte Sachverhalte im Vorfeld mit der Finanzverwaltung abgestimmt werden können. Thematisch ist nun eine inhaltliche **Ausdehnung** (neben Gruppenbesteuerung, Umgründungen und Verrechnungspreise) auf **Fragen des internationalen Steuerrechts** wie auch des **Umsatzsteuerrechts** vorgesehen. Darüber hinaus soll es zu einer schnelleren Erledigung durch die Finanzbehörden kommen.

Der **Gesetzwerdungsprozess** bleibt freilich noch **abzuwarten**. Wir werden Sie über weitere Änderungen informieren.

Umsatzbesteuerung nach vereinnahmten Entgelten auch für Unternehmensberatungs-GmbH

Normalerweise entsteht die **Umsatzsteuerschuld mit Ablauf des Kalendermonats**, in dem die Lieferung oder sonstige Leistung ausgeführt worden ist (**Sollbesteuerung**). Wenn die Rechnungsausstellung erst nach Ablauf des Kalendermonats erfolgt, **verschiebt** sich die **Umsatzsteuerschuld um einen Monat**. Es kann somit auch zu einer Umsatzsteuerschuld kommen, wenn die Rechnung vom Kunden noch gar nicht bezahlt ist. **Freiberufliche Unternehmer** (insbesondere Ziviltechniker, Ärzte, Rechtsanwälte, Journalisten, Dolmetscher und auch Unternehmensberater) konnten davon **abweichend** immer schon die Umsatzsteuer erst mit der Monatsvoranmeldung anlässlich des **tatsächlichen Zahlungseingangs** abführen (**Istbesteuerung**). Bei **Gesellschaften** gilt die **Istbesteuerung** ex lege dann, wenn diese **berufsrechtlich** zugelassen sind und eine **freiberufliche Tätigkeit** ausführen. Dies ist auch der Grund dafür, warum eine Wirtschaftstreuhand-GmbH oder Rechtsanwaltskanzleien in Form einer GmbH der Istbesteuerung unterliegen.

Einer Entscheidung des **VwGH** (GZ Ro 2015/15/0045 vom 28.6.2017) zufolge besteht für die **Istbesteuerung** von **Gesellschaften** aber ein **wesentlich größerer Anwendungsbereich**. Im Anlassfall wurde entgegen der Ansicht von Finanzamt und BFG entschieden, dass die **Umsätze** einer **Unternehmensberatungs-GmbH ebenfalls der Istbesteuerung** unterliegen. Diesen Überlegungen liegt der Grundsatz der **Neutralität des europäischen Mehrwertsteuersystems** zugrunde. Wäre nämlich der Steuerpflichtige keine Kapitalgesellschaft (hier GmbH), sondern eine **natürliche Person**, die Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit bezieht, würde ihr **grundsätzlich die Istbesteuerung** gemäß § 17 Abs. 1 UStG zustehen. Im Sinne der **Gleichbehandlung** soll es dann auch keinen Unterschied machen, ob die Tätigkeit einer berufsrechtlichen Regelung unterliegt (wie es beispielsweise bei Unternehmensberatung nicht der Fall ist).

Praktisch bedeutet diese Entscheidung für **freiberufliche Gesellschaften** eine **wesentliche Erleichterung**. Künftig kann die **Istbesteuerung** für sämtliche in § 22 Z 1 lit. b EStG genannten Tätigkeiten, **unabhängig** ob der Steuerpflichtige eine **natürliche Person** oder eine **Kapitalgesellschaft** ist, angewandt werden.

Außergewöhnliche Belastungen - Erkenntnisse aus aktuellen Entscheidungen

Einige BFG-Entscheidungen haben sich zuletzt mit der steuerlichen Anerkennung von Ausgaben als **außergewöhnliche Belastungen** befasst:

- **Kein Kilomergeld für Fahrten zur Kur:** Werden Fahrten **vom Wohnort zum Kurhotel** mit dem **eigenen PKW** (normales Kfz und kein Behindertenfahrzeug) durchgeführt, so kann für diese Strecken **nicht** das **amtliche Kilomergeld** als **außergewöhnliche Belastung** geltend gemacht werden. Es sind lediglich die **zusätzlichen Treibstoffkosten** im Sinne von behinderungsbedingten Mehraufwendungen relevant. Das **Kilomergeld** betrifft hingegen **sämtliche Fahrzeugkosten** und adressiert somit auch die Kosten für den (zeitbedingten) Wertverlust, für Versicherungen usw. Bei **außergewöhnlichen Belastungen** gibt es aber **keine Abnutzung für Absetzung** und darüber hinaus besteht das Geldflussprinzip. Aus diesen beiden Überlegungen ist der **Ansatz pauschaler Kosten**, die auch eine Abgeltung der Abnutzung beinhalten, bei außergewöhnlichen Belastungen **nicht zulässig** (BFG GZ RV/7102814/2011 vom 28.8.2017).
- **Zahlungen für Pflegeheim der Ex-Schwiegermutter:** Bei Erfüllung mehrerer recht **restriktiver Bedingungen** können Zahlungen für das **Pflegeheim der Ex-Schwiegermutter** eine außergewöhnliche Belastung darstellen. Dies ist dann der Fall, wenn weder der Ex-Schwager, die geschiedene Gattin oder die Enkelkinder die Kosten des Pflegeheims übernehmen können und ein **Regress** gegenüber diesem Personenkreis **nicht möglich** ist. Darüber hinaus darf eine Bereicherung durch **Vermögensübertragungen** nicht stattgefunden haben (z.B. Übertragung einer Liegenschaft als Ersatz für die Pflegekosten). Vermögensübertragungen sind dabei mit ihrem Wert von den geleisteten Zahlungen für das Pflegeheim in Abzug zu bringen und **mindern die Höhe der außergewöhnlichen Belastung** (BFG GZ RV/7102417/2009 vom 18.4.2017).
- **Kein Ehegatten-Splitting zur Umgehung des Selbstbehaltes:** Im gegenständlichen Fall hatte die deutlich weniger verdienende Ehepartnerin die **Behandlungskosten** für die beiden gemeinsamen **Kinder** getragen. Die Kinder waren beim Ehemann versichert, der auch **Kostenersatz** bei der **Sozialversicherung** beantragte und bekam. Die Tragung der Behandlungskosten wurde bei der Ehepartnerin als **freiwilliges Verhalten** und **nicht als außergewöhnliche Belastung** qualifiziert. Nach Ansicht des BFG ist es ungewöhnlich und nicht durch objektivierbare außersteuerliche Motive erklärbar, dass der viel weniger verdienende Ehepartner die Kosten der Behandlung der Kinder alleine trägt (BFG GZ RV/7102661/2015 vom 6.2.2017). Dem **Ausnutzen von Einkommensunterschieden** in der Familie zur Vermeidung von zu berücksichtigenden Selbstbehalten sind daher gewisse **Grenzen gesetzt**, vor allem dann wenn keine (alleinige) rechtliche Verpflichtung zur Kostentragung besteht.

Grundbuchseintragungsgebühr EU-rechtskonform?

Die Gebühren für **Grundbuchseintragungen** wurden, nachdem der VwGH die vormaligen Bestimmungen aufgehoben hatte, im Zuge der letzten Gesetzesnovelle mit 1.1.2013 neu geregelt. Die Gebühren betragen **1,1% des Kaufpreises** bzw. bei Übertragungen von Liegenschaften **innerhalb der Familie** (egal ob unentgeltlich oder entgeltlich) **1,1% vom dreifachen Einheitswert** (maximal aber 30% des Verkehrswertes). Eine absolute **Deckelung** der Gebühr ist im Gesetz **nicht vorgesehen**.

Im Lichte der **Judikatur des EuGH** (Rs C-188/95 Fantask) bestehen **Bedenken**, ob dieses Berechnungsmodell dem **EU-Recht entspricht**. Laut dem genannten Urteil muss eine Abgabe, um **Gebührencharakter** zu haben, allein auf der **Grundlage der Kosten** der betreffenden Förmlichkeit berechnet werden. Ein Mitgliedstaat kann **pauschale Abgaben** vorsehen, wenn er sich in regelmäßigen Abständen vergewissert, dass die **Gebühren nicht die durchschnittlichen Verwaltungskosten** der betreffenden Vorgänge **überschreiten**. Diese **Voraussetzungen** dürften bei der derzeitigen Grundbuchseintragungsgebühr **nicht** vorliegen. Anhand eines grenzüberschreitenden

Falles und im Rahmen eines anhängigen Verfahrens könnte die Frage der Vereinbarkeit der Regelung zur Prüfung durch den EuGH angeregt werden. Wir werden Sie zu diesem Thema am Laufenden halten.

Sollten zu den obigen Punkten noch Fragen sein, bitte ich um Rückmeldung (Tel. 05442 62818 oder mail@antretter.at).

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Klienten-Info, Klier, Krenn & Partner KG, Redaktion: 1090 Wien, Rotenlöwengasse 19/12-14. Richtung: unpolitische, unabhängige Monatsschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist. Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr. © www.klienten-info.at